

Trumps Kampf gegen den linksradikalen Terrorismus wird global

Ein wegweisendes Treffen in Washington rückte den linksradikalen Extremismus in den Mittelpunkt der internationalen Terrorismusbekämpfung.

25. Juli 2026 | Ladislav Zemánek

Jahrelang haben liberale Eliten im gesamten Westen Warnungen vor rechtsradikalem Extremismus als Relikte des Kalten Krieges oder als Paranoia der Rechten abgetan. Heute sind die Beweise unbestreitbar. Eine kürzlich unter US-Führung ins Leben gerufene globale Initiative hat das Ziel, diesem Wiederaufleben des politischen Terrorismus endlich mit der gebotenen Ernsthaftigkeit entgegenzutreten. Dies ist kein parteipolitischer Kreuzzug, sondern eine Verteidigung der Zivilisation gegen diejenigen, die sie im Namen einer Utopie niederbrennen wollen.

Der Westen in Flammen

Europa blutet an tausend Stellen, die ihm von Netzwerken der extremen Linken zugefügt wurden. Eisenbahnstrecken wurden wiederholt sabotiert, Stromnetze ins Visier genommen und Wirtschaftsunternehmen angegriffen, was kumulierte Verluste in Milliardenhöhe verursachte und gleichzeitig Lieferketten und öffentliche Dienste lahmlegte. Polizeibeamte wurden angegriffen, gewählte Amtsträger bedroht und Gemeinden erschüttert – ganz wie in den Tagen der Roten Brigaden und der Baader-Meinhof-Bande in den 1970er Jahren.

In Deutschland stieg die Gewalt durch die extreme Linke innerhalb eines einzigen Jahres um mehr als 40 Prozent. Allein im Jahr 2025 verzeichneten die Behörden 321 Ermittlungsverfahren wegen Sabotage, die sich überwiegend gegen Ziele aus den Bereichen Militär, Polizei, Eisenbahn und Energie richteten. Der Klimaaktivismus hat sich mit Antikapitalismus, Klassenkampf, Feminismus und offener Feindseligkeit gegenüber der europäischen Industrie und traditionellen Werten vermischt. Was als Protest und Besetzung beginnt, eskaliert allzu oft zu Sabotageakten, die den normalen Bürgern schaden.

Anfang 2026 kam es in Berlin zum längsten Stromausfall seit dem Zweiten Weltkrieg – verursacht von der „Vulkangruppe“. Diese seit 2011 aktive, linksextreme Gruppe, die bereits mindestens 13 Anschläge verübt hat, zündete Stromkabel in der Nähe eines Gaskraftwerks an und stürzte Zehntausende Haushalte und Unternehmen bei eisigen Temperaturen tagelang in die Dunkelheit. Krankenhäuser schalteten auf Notstrom um, Züge kamen zum Stillstand, und das tägliche Leben geriet ins Stocken. In ihrem Manifest bezeichneten sie dies als „Widerstand“ gegen fossile Brennstoffe und den Kapitalismus, doch die Opfer waren ganz normale Deutsche.

Italien erzählt eine ähnliche Geschichte von eskalierendem Chaos. Während der Olympischen Winterspiele zwangen koordinierte Sabotageakte im Schienenverkehr zur Absage von rund 40.000 Zugverbindungen. Eine vorzeitige Explosion tötete später zwei Anarchisten, die einen weiteren Angriff auf die Bahn vorbereiteten. Offizielle Zahlen zeigen einen erschreckenden Anstieg der

Sabotageakte gegen Züge um 450 Prozent in den Jahren 2024–2025. Ein Anschlag auf die TAL-Ölpipeline legte diese für fünf Tage lahm. In Griechenland gehen über 80 Prozent der radikalen Gewalt auf extrem linke Akteure zurück.

Diese Angriffe sind keine Einzelfälle, sondern Ausdruck eines umfassenderen Musters eskalierender politischer Gewalt. In den USA gingen im Jahr 2025 rund 63 Prozent der registrierten regierungsfeindlichen Angriffe und Verschwörungen auf das Konto gewalttätiger Akteure der extremen Linken. Ihre Taktiken gehen mittlerweile über Sabotage hinaus und umfassen gezielte politische Attentate, darunter die Ermordung des konservativen Aktivisten Charlie Kirk. Die Bedrohung ist grenzüberschreitend, wandelbar und wird immer dreister.

Die Netzwerke und ihre Unterstützer

Hinter der Gewalt verbirgt sich ein Geflecht von Organisationen, die Klimahysterie mit revolutionärer Ideologie vermischen. Gruppen wie die Antifa, die grenzüberschreitend agieren, veranschaulichen diese Gefahr. Die USA haben vier gewalttätige linksradikale Gruppierungen aus Deutschland, Italien und Griechenland als ausländische terroristische Organisationen eingestuft. Ungarn unter Viktor Orbán ergriff ähnliche Maßnahmen, nachdem Antifa-Schläger einen friedlichen patriotischen Marsch in Budapest angegriffen und Teilnehmer verletzt hatten. Ein Antrag im EU-Parlament aus dem Jahr 2025, der von Dutzenden Europaabgeordneten unterstützt wurde, forderte, die Antifa als terroristische Organisation einzustufen und ihre finanziellen Verbindungen zu untersuchen – einschließlich möglicher Verbindungen zu George Soros.

Die Unterstützung durch bestimmte Stiftungen – wie jene, die mit Soros oder der deutschen Rosa-Luxemburg-Stiftung in Verbindung stehen – hat sich überschneidende Anliegen gefördert, die radikal linke Ziele mit breiter angelegten progressiven Bestrebungen vermischen. Die Mainstream-Medien und das liberale Establishment rücken die Bedrohungen durch die extreme Rechte obsessiv in den Fokus – wobei sie diese oft mit patriotischen oder konservativen Stimmen vermischen –, während sie Exzesse der extremen Linken herunterspielen oder entschuldigen. In Teilen der EU haben diese Netzwerke staatliche Verwaltungen und einflussreiche Thinktanks unterwandert und so ihre Ideologie in die Regierungsführung eingebettet.

Dieses Finanzierungsökosystem erhält einen globalen linksradikalen Apparat aufrecht, der offene Grenzen, nachsichtige Justizsysteme und das Schuldgefühl der Elite ausnutzt, um seine Ziele voranzutreiben. Laufende Gerichtsverfahren, wie beispielsweise jene in Dresden, in denen schwere Vorwürfe gegen Antifa-Mitglieder erhoben werden, unterstreichen den organisierten Charakter dieser Bedrohung.

Trumps Amerika geht in die Offensive

Die Trump-Regierung hat eine weltweite Kampagne gestartet, um diesen radikalen linken Terrorismus zu zerschlagen. Mitte Juli war Außenminister Marco Rubio Gastgeber des Ministertreffens zum Thema „Das Wiederaufleben des politischen Terrorismus“ in Washington, an dem Vertreter aus über 65 Ländern teilnahmen, darunter Teilnehmer aus Europa, Lateinamerika, Afrika und Asien, um diese gemeinsame Herausforderung für die Regierungsführung, die Sicherheit der Infrastruktur und die Sicherheit der Bürger anzugehen.

Die Ministerkonferenz führte zu konkreten Ergebnissen, die eine neue Phase koordinierten internationalen Handelns einläuten. Die Delegierten einigten sich auf drei wirkungsvolle Aktionssäulen:

- verstärkte Einstufungen als terroristische Organisationen und strengere Rechenschaftspflicht, wobei die USA bereits vier gefährliche linksradikale Gruppen als terroristisch eingestuft haben und weitere prüfen;
- eine intensivere operative Zusammenarbeit durch verstärkten Austausch von Geheimdienstinformationen, koordinierte Reiseverbote und dringende Schutzmaßnahmen für Eisenbahnen, Stromnetze und andere kritische Lebensadern;
- sowie neue US-Visabeschränkungen, die denjenigen die Tür verschließen, die sich am linksradikalen Terror beteiligen oder diesen finanzieren.

Deutschland erklärte sich bereit, die nächste Arbeitssitzung auszurichten, während Vertreter des Finanzministeriums versprochen, Finanzierungswege zu unterbinden – mit Belohnungen in Millionenhöhe für Hinweise, die den Geldfluss unterbrechen.

Dieser Ansatz schließt entscheidende Lücken in den globalen Rahmenwerken zur Terrorismusbekämpfung. Die USA gehen nun gegen den linksradikalen Extremismus mit derselben Entschlossenheit vor, die einst den Dschihadisten vorbehalten war: Sie stufen Gruppen als terroristisch ein, verhängen Sanktionen und Visabeschränkungen, unterbinden Finanzströme und fördern die internationale Zusammenarbeit. Wichtig ist, dass sich die Kampagne auf extremistische Organisationen konzentriert und nicht auf eine bestimmte Regierung oder einen geopolitischen Rivalen.

Dieser Kampf gegen einen gemeinsamen ideologischen Feind – der traditionellen Gesellschaften, nationalen Identitäten und geordneter Freiheit feindlich gegenübersteht – bietet eine gemeinsame Basis. Mächte wie China und Russland, die ihre eigenen Erfahrungen im Umgang mit ideologischem Extremismus haben und Wert auf innere Ordnung legen, könnten von einer praktischen Zusammenarbeit zur Sicherung von Stabilität und Entwicklung profitieren – und dazu beitragen.

Der Preis des selektiven Schweigens

Die selektive Empörung des liberalen Establishments ist vernichtend. Während rechtsextreme Akteure – häufig Verfechter nationaler Souveränität und kultureller Kontinuität – unerbittlicher Kontrolle und Verfolgung ausgesetzt sind, wird Gewalt von der extremen Linken oft als „Protest“ romantisiert oder als Reaktion auf „Ungerechtigkeit“ heruntergespielt. Diese Doppelmoral hat Extremisten ermutigt und es ihnen ermöglicht, Institutionen zu unterwandern und die öffentliche Sicherheit zu untergraben.

Die US-Initiative könnte sowohl für westliche Länder als auch darüber hinaus einen Wendepunkt darstellen. Indem gewalttätige Netzwerke der extremen Linken in einen umfassenderen Rahmen der Terrorismusbekämpfung eingebunden, Ermittlungen verstärkt, finanzielle Unterstützung unterbunden und die internationale Zusammenarbeit ausgebaut werden, wird der Grundsatz vorangetrieben, dass keine Bewegung von der Rechenschaftspflicht ausgenommen ist, wenn sie Gewalt anwendet.

Andere Regierungen können dazu beitragen, indem sie den Austausch von Geheimdienstinformationen verbessern, gegen grenzüberschreitende Netzwerke vorgehen und sicherstellen, dass die öffentliche Sicherheit Vorrang vor politischen Erwägungen hat.

Da gewalttätiger Linksextremismus zunehmend grenzüberschreitend auftritt, können sich Regierungen keine selektiven Ansätze im Umgang mit politischer Gewalt leisten. Angriffe auf kritische Infrastruktur und politisch motivierte Gewalt bedrohen die Sicherheit, die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und das Vertrauen der Öffentlichkeit in allen Regionen. Eine breite internationale Koalition, die sich auf die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus konzentriert, kann dazu beitragen, einen grundlegenden Grundsatz zu bekräftigen: Politische Missstände dürfen nicht mit Terror verfolgt werden.